

Gesamtgesellschaftliche Lösungen für Artenvielfalt

Teilweise gab es angeregte Diskussionen an den Informationsständen zum Volksbegehren in Tostedt und Hollenstedt

bim. Tostedt/Hollenstedt. An mehreren Infoständen in Tostedt und Hollenstedt informierten einige Aktive in den vergangenen Tagen über die Hintergründe und Ziele des Volksbegehrens Artenvielfalt. Eine Änderung des niedersächsischen Naturschutzgesetzes ist nach Auffassung der Initiatoren und unterstützenden Verbände und Vereine notwendig, um das massive Artensterben aufzuhalten.

„Die Reaktionen haben nahezu das gesamte Meinungsspektrum zu diesem Thema abgedeckt“, erklärt Christina Möllmann von der



Christina Möllmann (li.) und Rocio Picard an einem der Informationsstände in Tostedt. Foto: Günther Knabe

Aktionsgemeinschaft Artenvielfalt jetzt. An den Ständen und über weitere Listen seien bislang rund 320 Unterschriften zusammengekommen. Von vielen Bürgern, die sich häufig auch schon im persönlichen Umfeld für den Erhalt der heimischen Fauna und Flora einsetzen, sei die Rückmeldung positiv gewesen. Aber auch Resignation über die Gesamtsituation sowie Ablehnung seien signalisiert worden.

Lebhafte Diskussionen habe es mit regional ansässigen Landwirten gegeben, die Stände besuchten, Sträuße aus Blühstreifenblumen überreichten

und ihren Unmut über das Volksbegehren äußerten. „Sie halten ein Volksbegehren für überflüssig, da ja mit dem 'Niedersächsischen Weg', der zwischen Landwirten, Landesregierung und Umweltschutzverbänden vereinbart wurde, schon eine Übereinkunft ausgehandelt worden sei“, erläutert Christina Möllmann. Auch befürchteten die Bauern einen weiter steigenden wirtschaftlichen Druck durch zusätzliche gesetzliche Auflagen.

Auf der anderen Seite betonten die verschiedenen Vertreter des Volksbegehrens, dass „Der Niedersächsische Weg“ in einigen seiner Absichtserklärungen zu vage sei, zum Beispiel beim notwendigen

Verbot von Pestiziden in Schutzgebieten.

„Wir sind der Meinung, dass die im Volksbegehren angeführten gesetzlichen Regelungen die Chancen für mehr Sicherheit auf allen Seiten erhöhen“, so Christina Möllmann. „Und ein Volksbegehren bietet auch die Möglichkeit, mit mehr Menschen über dieses Thema ins Gespräch zu kommen und für den Artenschutz zu sensibilisieren.“

Denn trotz aller unterschiedlichen Standpunkte seien sich die Parteien einig, dass gesamtgesellschaftlich Lösungen gefunden und umgesetzt werden müssten, um Lebensräume zu schützen und gleichzeitig eine rentable Landwirtschaft zu sichern.

610.000 Unterschriften

Für eine offizielle Anmeldung des Volksbegehrens müssen die Aktivisten in Sachen Artenvielfalt binnen sechs Monaten 25.000 Unterschriften sammeln. Damit das Volksbegehren Erfolg hat und der Landtag über das Gesetz für mehr Tier- und Pflanzenschutz in Niedersachsen entscheiden muss, sind landesweit 610.000 Unterschriften erforderlich.

• Weitere Infos unter www.artenvielfalt-niedersachsen.jetzt.